Union fordert klare Grenze zum politischen Islam

18. April 2024



Formulierungen im Grundsatzprogramm der CDU zum Islam sorgen für Kritik. Doch Vertreter der Partei fordern eine klare Grenze zum politischen Islam.

Düsseldorf (KNA) In der Debatte über die Haltung der CDU zu Muslimen und zum Islam warnt der Parlamentsgeschäftsführer der Unions-Bundestagfraktion, Thorsten Frei (CDU), vor Realitätsverweigerung. Frei sagte der Düsseldorfer „Rheinischen Post“ (Donnerstag): „Ein Blick in die iranische Staatsführung oder zu den Taliban in Afghanistan sollte uns eine Warnung sein, die Realitäten in der Welt nicht aus den Augen zu verlieren.“

Mehrere Millionen Menschen islamischen Glaubens seien „zum Teil schon seit Jahrzehnten hierzulande selbstverständlich fest integriert“, betonte Frei weiter. „Zugleich müssen wir eine klare Grenze ziehen zum politischen Islam und islamistischen Gruppen, die unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung, das westliche Lebensmodell, die Trennung von Staat und Religion oder das Existenzrecht Israels bekämpfen.“ Das neue Grundsatzprogramm der Union sei daher auch „ein Appell an alle Menschen und Angehörigen aller Glaubensrichtungen in diesem Land, gemeinsam für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft einzutreten“, sagte der Christdemokrat.

© KNA

Bild: moritz320 auf Pixabay

Stand: 13. November 2026